Bezugspreis: Monatlich in Neuenbürg ℳ 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. ℳ 1.80 m. Postbestellgeb. Preise freibl. Preis einer Nummer 10 ₰.

In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.

Fernsprecher Nr. 4.

Girokonto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 ₰. Reklame-Zeile 80 ₰. Kollektiv-Anzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 ₰. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft. Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg. Für tel. Auftr. wird keine Gewähr übernommen.

№ 211. | Mittwoch den 10. September 1930. | 88. Jahrgang.

Deutschland.

Reichsernährungsminister Schiele in Württemberg.

Reichsernährungsminister Schiele sprach in zwei Wahlversammlungen zu den württembergischen Landwirten, und zwar zunächst in Ulm im Saalbau, später dann noch in Ludwigsburg im Bahnhotel. Er führte dabei u. a. aus: „Was nützt, ist eine starke und dauerhafte Staatsführung. Wir machen eine aus dem Herzen des Volkes geborene wahre Hindenburgfront als Fundament für die Politik des Aufbaus im Innern und der nationalen Freiheit. Minister Schiele ging auf die Entwicklung der Agrarnot und der allgemeinen Wirtschaftskrisis und der sich daraus entwickelnden Sozialkrisis ein. Uns bleibt keine Wahl mehr. Wir stehen nur noch vor der Frage: Ob die Staatskrise von uns oder gegen uns gelöst werden soll? Wer den Marxismus als eine Gefahr für das Staatsleben ansieht, der darf sich nicht versagen, wenn es darum geht, durch eigenes zielsicheres Handeln diesem gefährlichen Gegner das eroberte Terrain wieder abzunehmen. Deshalb habe ich für unseren Wahlkampf die Parole herausgegeben: Heran an die Verantwortung! Minister Schiele machte dann eingehende Ausführungen zu den wichtigsten agrarpolitischen Problemen, insbesondere zur Handelspolitik, zum polnischen und finnischen Handelsvertrag. Er gab einen kurzen Ueberblick über die von ihm eingeleiteten Maßnahmen für die wichtigsten landwirtschaftlichen Betriebszweige und hob mit besonderer Betonung hervor, daß es notwendig sei, die Zollbindungen für Agrarprodukte aus den Handelsverträgen zu beseitigen. Die Uebernahme des Reichsernährungsministeriums war für mich angesichts der verzweifelten Lage der Landwirtschaft und des Ostens ein Gebot der Pflicht, zumal die weitgehende sachliche Zustimmung des Kabinetts zu den von mir geplanten dringlichen Agrar- und Osthilfemaßnahmen vorlag und die Bereitstellung aller verfassungsmäßigen Mittel zu ihrer politischen Durchsetzung gesichert war. Gehen wir uns keinem Zweifel darüber hin: weiteste Kreise des Landvolks drohen aus Verzweiflung dem Radikalismus in die Hände zu fallen — für einen vielleicht noch größeren Teil besteht sogar die Gefahr, daß er erschüttert im Glauben an die Partei, enttäuscht, hoffnungslos und kampfesmüde die politische Wahlstatt verläßt — und damit — ohne es zu wollen — seinen politischen Gegnern zum Sieg im politischen Machtkampf verhilft. Angesichts dieser Lage ist die Sammlung der politisch obdachlos gewordenen und der Verzweiflung überlieferten Kräfte im Landvolk nur noch unter berufsständischer Parole möglich. Redner trat dann für die Sammlung der großen Rechten außerhalb der Hugenberg-Partei ein und schloß mit den Worten: Ich erachte es als meine Aufgabe, den Platz, auf den mich das Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten und das meiner Bundesgenossen gestellt hat, so lange zu behaupten, als ich der Ueberzeugung bin, hier am besten der deutschen Landwirtschaft und unserem deutschen Vaterland zu dienen.

Ein Appell an die evangelische Wählerschaft.

Die Evangelische Pressekorrespondenz schreibt: Zehn große evangelische Spitzenverbände, die Millionen evangelische Wahlberechtigte umfassen, richten soeben an die evangelische Wählerschaft aller Parteien den folgenden Aufruf: „Evangelische Wähler und Wählerinnen! Die Partei der Nichtwähler wird immer größer. Die fortdauernden parteipolitischen Kämpfe nehmen vielen das Interesse an der Entwicklung unseres staatlichen und nationalen Lebens. Sie wollen von Parlament und Parteien nichts mehr wissen. Für evangelische Christen gibt es keine Wahlmüdigkeit! Wir evangelischen Christen erkennen den Staat als eine Gottesordnung mit eigenem Aufgabenkreis an. Daraus ergibt sich für uns die sittliche Verpflichtung, nach Kräften dabei mitzuhelfen, daß im öffentlichen und staatlichen Leben christlicher Geist und damit soziale Gesinnung herrscht. Zu dieser sittlichen Verpflichtung gehört die Ausübung des Wahlrechts. Die Zahl der Parteien, die am 14. September um die Stimmen der Wähler werben, ist erschreckend groß. Welcher Partei soll man die Stimme geben? Parteiprogramme und Wahlaufrufe sollen die Entscheidung erleichtern. In jedem Falle aber muß ausschlaggebend bleiben, ob hinter den programmatischen Versprechungen auf den Kandidatenlisten bewußt evangelische Männer und Frauen stehen. Sie müssen willens sein und die Kräfte haben, die angekündigten Versprechungen einzuhalten. Wir brauchen im kommenden Reichstag nicht nur Männer und Frauen, die sich evangelisch nennen, sondern die das Leben der evangelischen Kirche teilen und kennen und daher ernsthaft gewillt und befähigt sind, die aus evangelischen Ueberzeugungen sich ergebenden kulturellen und sittlichen Forderungen im Reichstag mit Nachdruck zu vertreten." Der Aufruf ist unterschrieben: Evangelischer Reichsausschuß für kommunale Arbeit; Zentralausschuß für Innere Mission; Evang. Bund; Evang. Frauenhilfe; Kirchlich-sozialer Bund; Reichsverband evang. Arbeitnehmerverbände; Reichsverband Evang. Eltern- und Volksbünde (Reichselternbund); Reichsverband der evang. Jungmännerbünde Deutschlands und verwandter Bestrebungen; Verband Deutscher evang. Lehrer- und Lehrerinnenvereine; Vereinigung Evang. Frauenverbände Deutschlands.

Wie über die Kirche gelogen wird.

Der Evangelische Preßverband für Württemberg schreibt: „In einem großen Teil der sozialistischen Presse Württembergs findet sich ein Wahlaufruf des Deutschen Freidenkerverbands, Bezirk Württemberg und Baden, der die Freidenker zur „Stärkung der sozialistischen Front" auffordert. Dabei wird die Kirche als „Steuerquelle zur Behebung der angeblichen Finanznot" empfohlen und eine Reihe phantastischer Behauptungen über den „nach Millionen zählenden Reichtum" aufgestellt. Der Aufruf gipfelt in der Beschuldigung, daß die von der Kirche durch die Kirchensteuer „angesammelten Mittel vielfach beim Wahlkampf gegen die Arbeiterklasse verwendet werden." Wie lächerlich im Blick auf die evangelische Kirche die Behauptungen über die Riesenvermögen sind, geht bereits aus der Tatsache hervor, daß das geringe Vermögen, das der evangelischen Landeskirche in Württemberg nach der Inflation noch übrig geblieben ist, nicht einmal dazu hinreicht, um auch nur die bescheidenen Ansprüche der Pfarrwitwen und -Waisen zu decken. Als eine ebenso dreiste wie dumme Wahllüge muß aber die Behauptung bezeichnet werden, daß kirchliche Mittel irgendwelcher Art im politischen Wahlkampf und noch vollends gegen die Arbeiterklasse Verwendung finden. Die evangelische Landeskirchen in Württemberg verwendet ihre Kirchensteuer, die so sparsam wie möglich bemessen ist, zur Deckung der laufenden kirchlichen Bedürfnisse. Weder aus der Kirchensteuer noch aus irgendwelchen anderen kirchlichen Mitteln wird auch nur ein Pfennig für den Wahlkampf ausgegeben. Von dieser Tatsache kann sich jedermann durch einen Einblick in den Haushaltplan der evangelischen Landeskirche überzeugen, der jeweils in aller Oeffentlichkeit beraten wird. Der sozialdemokratischen Parteileitung können wir die Frage nicht ersparen, wie sie sich zur Verwendung derartigen, rein aus der Luft gegriffenen, kirchenfeindlichen Wahlschwindels zur Stärkung der sozialistischen Front verhält."

Staatspräsident Dr. Bolz zur Lage.

In einer Wahlversammlung des Zentrums in Ravensburg sprach Staatspräsident Dr. Bolz zur Lage. Er führte u. a. aus: „Die Ziele des Wahlkampfes sind: Ordnung im Staat und in den Finanzen. Das sind die Grundlagen für die Besserung unserer Wirtschaftslage, die erreicht werden durch eine Beschränkung unserer Ausgabenwirtschaft. Das deutsche Volk hat sich eine Lebenshaltung in der Nachkriegszeit angewöhnt, die nicht gehalten werden kann. Auch die Ausgaben in der Verwaltung müssen herunter. Dabei besteht in Württemberg im Gegensatz zu Norddeutschland immer noch Ordnung. Wir haben keine Städte, die vor dem Konkurs stehen, unsere Gemeinden sind in Ordnung. Die jetzige Reichsregierung hat versucht, zu sparen, und sie hat versprochen, noch mehr zu sparen, und sie wird dieses Versprechen halten. Wir aber sollen durch starke Wahlbeteiligung sorgen, daß es wenigstens nicht noch schlimmer wird. Die Wahlziffern müssen heuer andere werden als das letztemal. Ueberlassen Sie die Wahlurne nicht dem Radikalismus. Nach dem Verlauf der bisherigen Wahlversammlungen habe ich die Hoffnung, daß sich die Bevölkerung diesmal zahlreicher an den Wahlen beteiligt. Bedenken Sie, daß der jetzigen Regierung durch die Wahlfaulheit bei den letzten Wahlen 15 Mandate zur Erzielung einer sicheren Mehrheit gefehlt haben. Die 15 Mandate bedeuten aber die Aufbringung von 900 000 Stimmen. Daraus ergebe sich, wie wichtig es ist, daß jedermann an der Wahlurne erscheint. Sorgen Sie, daß der 14. September ein Ehrentag für das deutsche Volk wird und daß das Volk sich reif für die Verfassung zeigt!

Wahlbündnis Volksrecht-Partei und Christlich-Soziale Reichspartei.

Die beiden Reichsparteivorstände der Volksrechtpartei und der Christlich-Sozialen Reichspartei haben in gemeinsamer Sitzung ein Wahlbündnis dahin geschlossen, daß beide Parteien im Reich und in sämtlichen Wahlkreisen eine gemeinsame Liste aufstellen, auf welcher beide Parteien angemessen vertreten sind. Die Liste trägt die Nummer 11. Infolge dieses Wahlbündnisses setzt sich die Vitus Heller-Jugend, deren Bestreben ebenso wie bei der Volksrecht-Partei auf ein ehrliches Christentum der Tat gerichtet ist, für den Kampf der Volksrechtpartei auf Beseitigung aller Mißwirtschaft und Wiederherstellung des Rechtsstaates als Grundlage geordneter Zustände ein.

Mieter und Volksreichspartei.

Die Volksrechtpartei (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung) bittet uns um Aufnahme der nachstehenden Notiz: In der Presse wurde irrtümlicherweise bekannt gegeben, daß der Reichswahlvorschlag Nr. 26 die Bezeichnung „Mieter und Volksrechtpartei" trage. Demgegenüber stellen wir fest, daß diese Liste den Namen „Mieter und Volksreichspartei" trägt. Die Inflationsgeschädigten haben sich diesmal ohne Ausnahme auf den Wahlvorschlag 11 Volksrechtpartei und Christlich-Soziale Reichspartei geeinigt.

Schießerei im Böhmerwald.

Zu einem Zwischenfall, der noch einer genaueren Klärung bedarf, kam es, wie aus München gemeldet wird, an der bayerisch-tschechischen Grenze bei Waldheim. Drei Bayern, ein Gendarmeriebeamter, ein Zollbeamter und ein Forstgehilfe aus Neuenhammer waren in einem Wirtshaus in Böhmisch-Waldheim mit Tschechen in einen Streit geraten. Auf dem Rückwege nun sollen die 3 Bayern von den Tschechen verfolgt und unmittelbar an der Grenze von diesen beschossen worden sein. Jedenfalls kam es zu einer Schießerei, bei der etwa 40 Schüsse fielen. Der Forstgehilfe wurde an der linken Brustseite schwer verletzt und mußte ins Krankenhaus nach Weiden gebracht werden. Der Gendarmeriebeamte erhielt einen Kopfschuß. Der Beamte erwiderte das Feuer, dabei wurde ein Tschecke durch Kopfschuß verwundet.

Höpker-Aschoff über die Ziele der Staatspartei.

Berlin, 7. Sept. In einer Kundgebung der Deutschen Staatspartei sprach am Sonntag in der Philharmonie der preußische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff. Der Minister setzte sich zunächst mit den radikalen Flügelparteien auseinander und bezeichnete die nationalsozialistischen Wirtschaftspläne als Wahnideen, deren Durchführung unvermeidlich zum Chaos führen würde. Auch Hugenberg müsse man zu den Radikalen rechnen, nachdem er die Auflösung des Reichstags erzwungen und sich der positiven Mitarbeit versagt habe. Den Plan Hugenbergs, die Reparationen durch eine Ausfuhrabgabe abzuwälzen, nannte der Minister einen unsinnigen Plan, der von wirtschaftlicher Unvernunft zeuge. Die Sozialdemokraten sollten bei der Wahl die Quittung dafür erhalten, daß sie ihre Mitarbeit an der Reform der Arbeitslosenversicherung verweigerten. Zur konservativen Landvolkbewegung stehe die Staatspartei, insbesondere in der Frage der Handelspolitik im Gegensatz, da sie eine Zollpolitik wie sie Schiele führe, im Interesse unserer Ausfuhr für verhängnisvoll halte. Der Minister bedauerte, daß es ihm nicht gelungen sei, mit dem Führer der Deutschen Volkspartei zu einer Einigung zu kommen, gab aber der Ansicht Ausdruck, daß in der Volkspartei freiheitlich denkende Männer vorhanden seien, die zu einem Zusammengehen mit der Staatspartei bereit seien. Der Minister entwickelte dann die Reformpläne, für die sich die Staatspartei nach den Wahlen einsetzen werde. Neben den von der Regierung geplanten Finanzreformen wies er besonders auf die Aufgabe der Reichsreform hin und bezeichnete eine Wahlreform, sowie die Vereinheitlichung der Gerichtsbarkeit und der Schulen als erforderlich. Die bisherige Reichstagsabgeordnete, Frau Gertrud Bäumer, betonte, daß durch gemeinschaftliches Handeln aller Volksteile und Berufsschichten die Fundamente unseres Staates wieder fester gelegt werden müßten, worauf Major Herrmann von der Volksnationalen Reichsvereinigung erklärte, die Staatspartei wolle der Interessenpolitik ein Ende machen unter Heranziehung der jungen Generation zu gleichberechtigter Mitarbeit.

Wahlrede des preußischen Ministerpräsidenten Braun.

Hamburg, 8. Sept. In einer Wahlkundgebung der Hamburger Sozialdemokraten sprach Ministerpräsident Otto Braun, der sich auch diesmal gegen die Anwendung des Artikels 48 wandte, wofür die Voraussetzungen jetzt nicht gegeben seien. Der Ministerpräsident verwies auf seine an den Reichskanzler gerichtete Frage und erklärte: Ich habe gestern in Hinsicht auf die Zwischenfrage des Reichskanzlers mit einem Ja geantwortet. Ich muß nun erwarten, daß der Herr Reichskanzler jetzt ebenso klar antwortet, ob die Reichsregierung es wirklich ablehnt, die Hilfe der Sozialdemokratie anzunehmen. Der Vorwurf gegen die Sozialdemokratie, sie habe sich der Verantwortung entzogen, ist völlig unberechtigt. Wir sind bereit zur Uebernahme der Verantwortung, wenn wir gemäß unserem politischen Stärkeverhältnis entscheidenden Einfluß auf alle diese Dinge nehmen können und wenn Gewähr dafür besteht, daß die Interessen der breiten Volksmassen nicht privatkapitalistischen Profitinteressen geopfert werden. Die großen Probleme unserer Wirtschaftspolitik sind nur zu lösen, wenn alle Schichten der Bevölkerung bereit sind, Opfer auf sich zu nehmen.

Die „Germania" deutet an, daß der Kanzler, der heute in der ersten Berliner Wahlversammlung des Zentrums im Sportpalast als Hauptredner auftritt, Gelegenheit nehmen werde, Herrn Braun zu erwidern. Das Zentrumsorgan nimmt die Antwort Dr. Brünings bereits vorweg, wenn es bemerkt: „Die Sozialdemokratie hat dem Kanzler bei seinem sachlichen Bemühen, die Finanzen in Ordnung zu bringen, die Gefolgschaft versagt. Sie war es, die den Wahlkampf in einer solchen Gehässigkeit begonnen hat, daß sich das preußische Zentrum veranlaßt sah, daran zu erinnern, daß es doch nicht gut angeht, in Preußen mit dem Zentrum in einer Koalition zu sitzen und zu gleicher Zeit das Zentrum und seinen Führer im Reich auf jede Weise herunterzureißen. Wir konstatieren zunächst mit Befriedigung, daß Herr Braun von den Flugblattmethoden seiner sozialdemokratischen Freunde mit einem hörbaren Ruck abgerückt ist, und wir entnehmen daraus, daß der sozialdemokratische preußische Ministerpräsident die Unmöglichkeit einer derartigen Agitation zugibt und diese Agitation verurteilt. Leider ändert diese eine Stelle nichts an der Tatsache, daß die Sozialdemokratie sich in einen unerhört scharfen Gegensatz zur Politik des Kabinetts und zum Reichskanzler selbst gestellt hat, und daß sie diese Gegensätze wirklich nicht so zum Ausdruck bringt, daß man meinen müßte, sie wolle damit ihre Bereitschaft zur Verantwortung bekunden. Herr Braun spricht nur für sich und was taten seine Freunde? Die Sozialdemokratie hat in ihrem gegenwärtigen Zustand keinen Grund, eine Frage zu stellen, deren Berechtigung nach ihrem ganzen Verhalten bezweifelt werden muß." — Es ist danach also wohl anzunehmen, daß dieses Frage- und Antwortspiel über künftige Koalitionsmöglichkeiten der Entscheidung des 14. September überlassen bleiben wird.

Ausland.

Antifaschistisches Attentat in Luxemburg.

Auf den in der italienischen Gesandtschaftskanzlei angestellten italienischen Beamten Fratini wurde in einer Gastwirtschaft in Esch von einem Antifaschisten ein Revolverattentat verübt. Der Täter gab auf den Italiener 3 Schüsse ab, von denen einer traf, während durch die beiden anderen ein unbeteiligter junger Mann verletzt wurde. Der Täter entkam über die nahe französische Grenze. Fratini wurde schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt.

Erklärungen des Reichsaußenministers vor der Weltpresse.

Genf, 8. Sept. Reichsaußenminister Dr. Curtius empfing heute abend die Vertreter der Weltpresse. Er betonte, daß die deutsche Regierung von Anfang an eine positive Stellung zu dem Gedanken einer europäischen Föderation eingenommen habe, und daß ihre kontinuierlich befolgte Politik der internationalen Zusammenarbeit und der Förderung des Friedens

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

von jeder Regierung werde fortgesetzt werden müssen. Es sei das Verdienst Briands, den Europa-Gedanken aus der Sphäre der privaten Propaganda in den Bereich verantwortlicher Regierungsverhandlungen erhoben zu haben. Damit sei der Weg einer zwar langsamen, aber organischen Entwicklung vorgezeichnet, wie sie zum Gelingen des Planes notwendig sei. Man habe sich in der heutigen Konferenz über die Form der weiteren Behandlung der Angelegenheit zwar unterhalten, sei aber der Ansicht gewesen, daß der Völkerbundsversammlung in dieser Hinsicht nicht vorgegriffen werden dürfe. Das Projekt werde voraussichtlich zunächst in der Vollversammlung und sodann im politischen und im wirtschaftlichen Ausschuß eingehend beraten und einem Studienkomitee überwiesen werden, so daß man sich voraussichtlich im nächsten Jahre aufs Neue mit der Frage beschäftigen werde. Dr. Curtius wies auf die Bedeutung der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit hin, die trotz der Rückschläge durch die Weltwirtschaftskrise, unter der Deutschland ganz besonders leide, sich in fortschreitender Entwicklung befinde. Er begrüße die Ansätze der Zusammenarbeit auf agrarpolitischem Gebiet, wie sie in den Konferenzen von Sinaia, Bukarest und Warschau zum Ausdruck komme und befürwortete eine Eingliederung der für Industrieprodukte besonders aufnahmefähigen südeuropäischen Staaten und die wirtschaftlichen Beziehungen innerhalb Europas.

Also sprach Mussolini.

Rom, 9. Sept. Das soeben erschienene faschistische Verordnungsblatt, dessen Text oft von Mussolini geschrieben wird, bringt folgende Betrachtungen über den deutschen Wahlkampf, die zur Kenntnis des offiziellen italienischen Standpunktes wichtig sind: „Wenn die farbige und karnevaleske Vielfältigkeit der politischen Parteien genügen würde, um die schwierigen Probleme der Nation zu lösen, so wäre Deutschland die glücklichste Nation der Welt. Es sind nämlich nicht weniger als 30 Parteien bereit, die große Papierschlacht auszukämpfen. Doch sind nur 24 Parteien in die Wahlliste aufgenommen worden. 24 Parteien! Das heißt 24 Programme! und zugleich 24 Wunderrezepte, um Deutschland zu retten! Viele lassen sich von diesem Schauspiel begeistern oder rühren. Denn die Verzettelung des politischen Lebens ist das Meisterwerk der unsterblichen Prinzipien und des souveränen Volkes. Wir aber werten dieses Phänomen als ein Zeichen des germanischen Niederganges, als ein Dokument des außerordentlichen Durcheinanders, das den Geist erschüttert, das die schicksalhafte Ohnmacht der Regierungen, die ebenso krampfhaft wie unnützerweise dem parlamentarischen Mythos nachjagen, der Mehrheit heißt. Eine genaue Untersuchung des Parteiaufmarsches läßt voraussehen, daß kein endgültiges Ergebnis zustande kommen kann. Mit anderen Worten, daß es keinen Sieg weder von rechts noch von links geben wird. Die Wahlen von 1930 sind noch nicht jene, die dazu bestimmt sind, den Ausschlag zu geben. Und deshalb erwarten wir das Resultat der deutschen Wahlen mit ruhiger Gleichgültigkeit. Der Wahlkampf erweckt kaum unsere Neugierde. Das heutige Deutschland interessiert uns nur insofern, als es die Voraussetzung zum morgigen Deutschland ist."

Aus Stadt und Bezirk

Neuenbürg, 9. Sept. (September — Der Obstmonat.) Der September ist unter den 12 Monaten der köstlichste Obstspender des Jahres. In bunter Fülle locken Aepfel und Birnen aller Sorten und daneben in reichen Mengen die süße Pflaume. „Eßt Obst, vor allem billiges deutsches Obst!" sei jetzt allen zugerufen. In ihnen steckt wunderbar süßer, aromatischer, unter den Glutstrahlen der heilenden Sonne destillierter Saft, auf den der menschliche Körper beinahe begierig wartet. Zwar kann man vom Obst nicht dick werden, wohl aber gesund. Nur ausgereift muß das Obst sein. Leider sieht man immer wieder, daß das Obst in gänzlich unreifem Zustande vom Baume gerissen, in einem Schuppen etwas nachgereift und dann schon angeboten wird. Solche Ware, die den Wert und die Bekömmlichkeit des Obstes nur in Mißkredit bringt, sollte nicht auf den Markt gebracht werden. Mit Recht kann man diese unausgereifte Ware zurückweisen. Reifes gutes Obst ist nicht nur ein vorzügliches Erfrischungsmittel, sondern auch eine besonders den Kindern willkommene Zuspeise zum Brot.

△ **Herrenalb**, 10. Sept. Am morgigen Tage schließen sich 40 Jahre, seit Glasermeister Herrmann sein hiesiges Geschäft eröffnet hat. Mit gewissenhafter Treue und rastloser Umsicht hat er es durch manche kritische Zeit zu gedeihlicher Entwicklung gebracht; beste Glückwünsche begleiten seine fernere Arbeit.

Höfen a. Enz, 8. Sept. Gestern nachmittag um 3 Uhr sprach im „Sonnensaal" ein Herr Sacher aus Wien im Auftrag der Nat.-soz. deutschen Arbeiterpartei, Ortsgruppe Neuenbürg, über das Thema: Der Nationalsozialismus — die Rettung des deutschen Volks. Der Saal war ziemlich gut besetzt. In seinen interessanten Ausführungen, die im gestrigen „Enztäler" nachgelesen werden können, nahm die Judenfrage in Wien einen breiten Raum ein und er war gar nicht einig mit dem Schriftwort Joh. 4, 22 (Das Heil kommt von den Juden). — Um 7 Uhr sprach im gleichen Saal Gemeinderat Glaser aus Stuttgart im Interesse der Sozialdemokratischen Partei. Beide Redner hatten so ziemlich dasselbe Publikum.

(Wetterbericht.) Bei westlicher Luftzufuhr ist für Donnerstag und Freitag mit wechselnder Bewölkung und einzelnen Regenfällen zu rechnen.

Württemberg

Dachtel, OA. Calw, 9. Sept. (Brand durch Blitzschlag). Bei den heftigen Gewittern, die Samstag nacht niedergingen, fuhr ein Blitz in die Scheuer des unlängst verstorbenen Metzgermeisters J. Eisenhardt und zündete, so daß Scheuer und Stallung dem Feuer zum Opfer fielen. Das Vieh und einige Fahrnisse konnten gerettet werden. Als besonderes Glück ist es zu bezeichnen, daß die noch in der Scheuer weilenden Hopfenpflücker mit dem bloßen Schrecken davongekommen sind. Nur dem schnellen und energischen Eingreifen der beiden Feuerwehren von Dachtel und Deufringen ist es zu verdanken, daß mit Beihilfe der ganzen Einwohnerschaft das einige Meter entfernt stehende Wohnhaus gerettet wurde. Der Schaden ist groß, weil jetzt Futter und alle Früchte eingeheimst und nun ein Raub der Flammen geworden sind.

Stuttgart, 9. Sept. (Das große Los gewonnen). Unter den Glücklichen, denen Fortuna einen Hauptgewinn der Südd. Klassenlotterie mit 200000 Mk. in den Schoß warf, befindet sich auch Hauptlehrer Knauer in Neckargartach. In vorbildlicher Weise hat derselbe sofort 5000 Mk. der Kriegshinterbliebenenfürsorge überwiesen.

Stuttgart, 9. Sept. (Landw. Hauptfest.) Das landw. Hauptfest, das letztmals im Jahre 1924 stattgefunden hat, wird heuer in der Zeit vom 26. bis 30. September auf dem Cannstatter Wasen wiederholt. Haupttag des Festes ist Samstag, 27. September. Das Fest verspricht eine landwirtschaftliche Veranstaltung ersten Ranges zu werden und dürfte eine Unzahl bäuerlicher Besucher aus dem ganzen Lande nach Stuttgart bringen.

Eßlingen, 9. September. (Mit dem Kind unter den Zug gelegt.) Gestern nachmittag überfuhr der 13 Uhr 56 Minuten in Obereßlingen eintreffende Personenzug Nr. 36 von Plochingen bei dem dem Fußgängerverkehr dienenden Bahnübergang gegenüber der Müller'schen Pressenfabrik eine 33 Jahre alte Schreinersehefrau von Obereßlingen und ihr fünf Jahre altes Kind. Beide wurden sofort getötet. Nach einem hinterlassenen Brief hat die Frau, die anscheinend an seelischen Störungen litt, den Tod mit ihrem Kinde gesucht.

Urach, 9. Sept. (Das Auto als Ackergaul.) Letzte Woche kam nachmittags ein Herr aus M. in einem Fiat-Zweisitzer auf der Straße von M. nach B. einhergefahren. Auf einmal stoppte der Wagen und hielt an. Der Freund des Herrn aus M. war nämlich in der Nähe der Straße mit Pflügen beschäftigt. Nach kurzem Aufenthalt rutschte der Fiat über die Straßenböschung hinunter und wurde vor den Pflug gespannt. Die beiden Kühe durften sich nun an dem saftigen Klee gütlich tun. Der Fiat zog lustig den Pflug, Furche für Furche und man sah hier, wie das Luxusauto auch als Ackergaul verwendet werden kann.

Oberndorf a. N., 9. Sept. (Ein armer Teufel.) Einer, welcher mit Recht ein armer Teufel genannt werden kann, wurde dieser Tage von einem Polizeibeamten hier kontrolliert. Unter einigen Wanderburschen, die von der Polizei in üblicher Weise einer Kontrolle unterzogen wurden, befand sich auch ein junger strammer, etwa 20 Jahre alter Bursche. Er weiß weder Geburtstag noch seinen Geburtsort, es ist ihm nur soviel bekannt, daß er nach Kriegsende als 5jähriges Kind mit deutschen Gefangenen aus dem Kaukasus aus Rußland auf allerlei Irrfahrten nach Deutschland gekommen sei. In der Nähe bei Landsgut in Bayern verbrachte der geheimnisvolle Fremdling seine Schuljahre bei einem Landwirt und besuchte dortselbst auch acht Jahre die Volksschule. Der Bursche verfügt übrigens über eine sehr gute Auffassungsgabe und kann vorzügliche Schulzeugnisse aufweisen. Heute lauft der eltern- und heimatlose junge Mann unter dem Heer der Arbeitslosen auf der Landstraße umher, ohne daß ihm jemals eine Elternliebe zuteil wurde. Auf Befragen erklärte er, daß er nicht wisse, wie alt er sei, aber Sachverständige hätten erklärt, daß er ums Jahr 1911 geboren sein soll.

Erzingen, OA. Balingen, 9. Sept. (Tödlicher Unglücksfall.) Am letzten Samstag nachmittag ereignete sich in der Dreschhalle in Erzingen ein schrecklicher Unglücksfall, der dem 40 Jahre alten Landwirt Gottlieb Haller, Sohn des früheren Oberamtsbaumwarts Haller, das Leben kostete. Haller war bei der Dreschgenossenschaft Erzingen als Maschinist tätig. Um die Mittagszeit schlug plötzlich der Blitz in den Transformatorenraum ein und erzeugte eine Stichflamme. Diesen Vorgang hat Haller sofort gesehen und wegen der bestehenden Brandgefahr öffnete er trotz Verbots die abgeschlossene Tür, um den Brand zu löschen. Mit Hilfe eines Sackes wollte er den Brand ersticken. Er verdeckte mit diesem die Flamme, berührte aber dabei einen Draht der Starkstromleitung, wodurch er auf der Stelle getötet wurde. Der zweite Maschinist versuchte Haller mit einem Pfahl zurückzureißen, was jedoch schon zu spät war.

Friedrichshafen, 9. Sept. („Graf Zeppelin" auf der Moskauerfahrt.) Unter Führung Dr. Eckeners ist das Luftschiff „Graf Zeppelin" heute früh kurz nach 8 Uhr zur Fahrt nach Moskau aufgestiegen. An Bord des Schiffes befinden sich 20 Passagiere.

Baden.

Pforzheim, 8. Sept. Die von der Bleag beabsichtigte Stillegung der Nebenbahn Busenbach—Brötzingen hat in den beteiligten Landgemeinden viel Staub aufgewirbelt. Hauptsächlich sind es die Orte zwischen Langensteinbach und Brötzingen, die sich gegen diese Maßnahme wehren. Zu diesem Zwecke fand am Samstag in Langensteinbach eine Protestversammlung statt. Nach verschiedenen Referaten und einer Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, wonach die in sehr großer Zahl anwesenden Interessenten aus den an der Bahnlinie Ettlingen—Pforzheim gelegenen Ortschaften nachdrücklichst Verwahrung einlegen gegen eine Stillegung und einmütig die Umwandlung dieser Bahnstrecke in einen Kleinbahnbetrieb und die Lösung von der jetzigen Betriebsverwaltung fordern.

Vermischtes.

Im „Jahrhundert des Kindes" kann es nicht wundernehmen, findet man es vielmehr nur kennzeichnend und in der Ordnung, daß die Internationale Hygieneausstellung in Dresden außer der Halle für Mutter-, Säuglings- und Kleinkinderschutz auch eine eigene Halle „Das Kind" birgt. Ein großes Schriftband verkündet den im Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt ausgesprochenen Grund- und Leitsatz: „Jedes deutsche Kind hat ein Recht auf Erziehung zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit". Aus einer darunter befindlichen Darstellung dreier Geldsäcke erfährt man, daß in Deutschland für das Schulwesen 1½ Milliarden — 1500 Millionen — Mark ausgegeben werden. Das ist allerhand! Es kann aber schon nicht mehr so imponieren, wenn man sich die daneben stehenden beiden anderen Säcke betrachtet: 2,7 Milliarden werden in der Hauptsache in Form von Tabaksqualm in die Luft geblasen, und 4,7 Milliarden fließen in Gestalt geistiger Getränke die Kehlen hinab. Dies in unserem Land der Bildung und Gesittung, im „Volk der Dichter und Denker"! —

Filmaufnahmen im Allgäu. Seit einigen Tagen werden in Oberstdorf großzügige Filmaufnahmen gemacht, die zum Filmen dienen: „Wenn die Abendglocken läuten" und „Heiliges Schweigen". Zu den Aufnahmen, die etwa insgesamt 6 Wochen beanspruchen dürften, wird auch die einheimische Bevölkerung herangezogen. Die schöne Witterung der letzten Zeit war dem Unternehmen sehr günstig. Die Aufnahmen erstrecken sich auf Bilder in den Straßen und an den historischen Häusern. Im oberen Oybele war sogar ein Zigeunerlager aufgeschlagen. Am Donnerstag wurde das Filmlager auf das Nebelhorn verlegt, wo auch das Seenlugebiet auf die Leinwand gebannt wird. Außerdem sind in die Filmaufnahmen einbezogen das Birgsautal, der Einödsbach, die Mädelegabel und die Trettachspitze und in der letzten Woche fanden bedeutende Aufnahmen im Kleinen Walsertale statt, so am Sonntag die Aufnahme eines Hochzeitszuges in die Pfarrkirche von Riezlern und hierauf Volksbräuche und Volkssitten.

Opel erhöht die Produktion. In Rüsselsheim ist man über die jüngste Entwicklung des Absatzes angenehm überrascht. Das ursprünglich für die Monate August und September vorgesehene Fabrikationsprogramm mußte erhöht werden und zwar für den bekannten 1¾ Tonnen Lastwagen um 40 Prozent und für den 8/40 P.S. Personenwagen um 20 Prozent. — Die Werke beschäftigen zurzeit 6169 Arbeiter und Angestellte. Die Gerüchte über bevorstehende Entlassung von 1000 oder gar 2000 Arbeitern, die offenbar auf vorsorgliche Verhandlungen der Direktion mit dem Betriebsrat zurückgehen, entbehren angesichts der jüngsten Entwicklung jeder Grundlage.

Der Schuß in der Nacht

JAGDLICHER KRIMINALROMAN von H. A. von BYERN

URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU (Nachdruck verboten.)

(23. Fortsetzung.)

Durch die dämmernde Stille klang ein helles Wiehern. — Walter sah sich suchend um — richtig, dort drüben stand ja der Fuchs, und der Trensenzügel war um den Stamm einer Espe geschlungen. Gontard führte das Pferd kurz gefaßt an der Kandare, unruhig trat der nervöse Vollblüter hin und her, doch dann folgte er willig mit langen, raumgreifenden Schritten. —

Was war das nur?! Der Assessor blieb stehen — wie schwer ihm das Atmen wurde, und diese dumpfe, lastende Müdigkeit — — na, nur noch fünfhundert Meter — — dort drüben flimmerte ja schon ein schwacher Lichtschein auf.

„Herr Thieme! — — Herr Thieme!!"

Stille, dann das Knarren der Haustür.

„Herr Assessor, Sie?! Ja, und wo kommt denn in aller Welt das Pferd her? Das ist doch — —"

„Herrn Oelschlägers Fuchs — — er selbst liegt in Jagen 4 — tot — — unser Wilddieb — ich — ich habe — — —"

Gontard schwankte, seine Knie knickten ein — — da faßten ihn auch schon ein paar sehnige Arme unter die Achseln.

„Frida! — He, Frida!!"

„Was ist denn nur, Fritz?! Ach, du lieber Gott — —"

„Jammere nicht, Alte, angefaßt — so — — eins — zwei — drei — — hopp —"

— Als Walter die Augen aufschlug, spürte er den scharfen, brennenden Nachgeschmack von Branntwein auf seinen Lippen.

„Wo — wo bin ich — denn?!"

Der Revierförster lachte.

„Bei mir, und ich sag's ja immer, mein Rakmus kann selbst Tote aufwecken — — nee, Herr Assessor, bleiben Sie man hübsch stille liegen — — Donnerwetter ja, Ihre ganze linke Seite ist voll Blut — —"

Unwillkürlich fuhr der Assessor mit der Hand nach der Hüfte — feucht, warm und klebrig rann es ihm durch die Finger, und nun ein stechender Schmerz. —

„Ich entsinne mich, der Kerl hat viermal mit einer Browningpistole auf mich geschossen, beim dritten Schuß fühlte ich einen harten Schlag — —"

Thieme hatte schon, ohne ein Wort zu sprechen, den Uniformrock aufgeknöpft.

„Herr Assessor, da haben Sie aber mal Dusel gehabt, mächtigen Dusel! Das Geschoß ist an einer Rippe entlang gefahren und sitzt dicht unter der Haut, bloß der starke Blutverlust — — Frida! — Den Blutschwamm, Jodoform, Billroth und Binden. — — So, gleich werden wir die Sache haben, und nun trinken Sie mal noch 'nen Schluck von meinem Lebenswecker!"

Walter lächelte.

„Tausend Dank, wie neu geboren fühle ich mich, wenn ich noch fünf Minuten ausruhe, kann ich allein zur Forstmeisterei zurückgehen."

„Jawohl, weiter fehlte nichts! Nee, Herr Assessor, das machen wir anders, ich erstatte dem Herrn Forstmeister Bericht und der Wilhelm holt Sie dann mit dem Wagen ab."

„Nein, — nein, keinesfalls, der Kratzer ist doch gar nicht der Rede wert, und Eva — — ich meine, die Damen würden viel zu sehr erschrecken — —"

Der Revierförster schmunzelte, daß tausend kleine Fältchen über sein bartloses Gesicht zuckten.

„Keine Sorge, die gnädige Frau erfährt nichts und Fräulein Eva — — ich meine, das gnädige Fräulein, schon gar nicht — — was wollt ihr denn, Rasselbande?!"

Neugierig lugten die Kinder ins Zimmer.

„Vater, ist der Onkel krank?" fragte Fritzchen und Klein-Gertrud meinte mitleidig: „Hast du arge Schmerzen?"

Gontard lachte schon wieder.

„Schmerzen, nein, aber zwei Aepfel, hier, greift mal in meine Joppentasche."

„Oh — danke!"

„Nun aber raus, Gesindel! Laufschritt, marsch — marsch!" Thieme schloß die Tür. „Wenn Sie mir, bitte, mal Näheres mitteilen wollen, Herr Assessor, damit ich weiß, was ich dem Herrn Forstmeister berichten soll?"

Und Walter erzählte alles, was sich zugetragen hatte, bis die Schwarzwälder Kuckucksuhr über dem Sofa, auf dem er lag, aushob und sechs helle, klingende Schläge tat. —

Der Revierförster stand auf.

„Gut, ich denke, in einer Stunde bin ich zurück, versuchen Sie nur ein bißchen zu schlafen, und nach Königswalde telephoniere ich auch gleich, Kröner mag bei dem Toten Wache halten, damit ihn die Sauen und Füchse nicht anschneiden, um zwölf löse ich ihn dann ab."

„Ja, Herr Thieme, machen Sie nur alles ganz so, wie Sie denken," dann schloß der Assessor die Augen, diese bleierne Müdigkeit war doch stärker, als sein Wille, und wie ein pressender, schmerzender Reif legte sich ein dumpfer Druck auf seine Schläfen. — —

So vertieft war Aziert in die Lektüre seines Lieblingsblattes, des „St. Hubertus", daß er es ganz überhörte, wie der Revierförster erst leise und dann lauter an der Tür klopfte.

„Wer ist denn — — —? Ach Gott, Sie, Herr Thieme!" Eva gab ihrem alten Freund die Hand. „Ich habe Sie in der Dunkelheit gar nicht erkannt, und Sie wollen gewiß zu Väterchen; kommen Sie nur," das junge Mädchen drückte die Klinke nieder, „Väterchen, Besuch ist da!"

Der alte Herr blickte auf.

„Ei der Tausend ja, je später der Abend, desto schöner die Gäste, 'n Tag, Herr Thieme, was bringen Sie denn, Lohnlisten, Holztabellen? oder gar nervus rerum? Der Kassenschrank hat in letzter Zeit die galoppierende Schwindsucht."

„Nichts von alledem," der Revierförster rutschte höchst unbehaglich auf seinem Stuhl hin und her und räusperte sich. „Ich — — ich habe nämlich eine dienstliche Meldung." Das „dienstliche" betonte er besonders, doch Eva, die sonst sehr heilhörig war, schien diesmal nicht verstehen zu wollen. Den ganzen Nachmittag über hatte sie schon eine seltsame Unruhe verspürt, und nun, wo sie Thiemes erregtes, verstörtes Gesicht sah, kam ihr ein unbestimmter, instinktiv gefaßter Verdacht — ein Verdacht, dem sie keine Worte leihen konnte, aber das sichere Ahnungsvermögen des Weibes sagte ihr, daß sie auf der richtigen Fährte sei. —

Der Forstmeister zerdrückte den Rest seiner Zigarre im Aschenbecher.

„Na, dann schießen Sie nur los, vor meinem Mädel brauchen Sie sich nicht zu genieren!"

Und Thieme — er selbst hätte sich später ohrfeigen mögen — platzte plötzlich und ohne die wunderschöne Vorbereitung die er sich unterwegs zurecht gelegt hatte, heraus:

„Herr Forstmeister, also, wenn Sie schon fragen — es hat einen Zusammenstoß zwischen dem Herrn Assessor und Herrn Oelschläger gegeben, der Groß-Dobritscher war der Wilddieb, der uns so lange genarrt hat, er liegt tot in Jagen 4, und Herr Gontard ist verwundet — —"

„Um Gotteswillen! — Walter!!"

Das junge Mädchen wankte, unwillkürlich sprang der Revierförster hinzu.

„Fräulein Eva, Herrgott — ich aller Esel — und bitte, beruhigen Sie sich doch nur, es ist ja gar nicht schlimm, bloß 'n Streifschuß — —"

Mit einem Ruck saß der alte Herr aufrecht im Bett.

„Kind, jetzt mal Kopf hoch, komm hierher, Maus; Herr Thieme — das haben Sie wunderschön gemacht, schade, daß Sie kein Diplomat geworden sind — — und jetzt, bitte, erzählen Sie mal!"

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Großfeuer in einem französischen Dorf. Ein Großfeuer von ungeheurem Ausmaß hat in einer kleinen Gemeinde bei Montiers 43 Häuser in Asche gelegt und über 100 Personen obdachlos gemacht. Die Motorspritze der Ortschaft konnte nicht in Tätigkeit treten, da der einzige Hydrant mitten im Feuerherd lag.

18 Boote explodiert. Im Hafen von Piräus sind vor dem Magazin der Standard Oil Company 18 mit Benzin beladene Boote unter furchtbarem Getöse in die Luft geflogen. Durch die Explosion wurde ein griechisches Schiff in Brand gesetzt. Die Zahl der Todesopfer der Katastrophe beträgt 8, die der Verletzten 20. Der Sachschaden ist ungeheuer groß.

Handel, Verkehr und Volkswirtschaft.

Stuttgart, 9. Sept. (Häute- und Felleauktion.) An der heutigen württ. Häute- und Felleauktion wurden für das württ. Auktionsgefälle folgende Preise erzielt: Kuhhäute 30 bis 49 Pfund 67½—70½ ℳ, 50—59 Pfund 74—78½ ℳ, 60 bis 79 Pfund 77—82½ ℳ, 80—100 u. m. Pfund 82½ ℳ; Ochsenhäute bis 29 Pfund 80½ ℳ, 30—49 Pfund 69½ ℳ, 50—59 Pfund 74½—75 ℳ, 60—79 Pfund 77—85½ ℳ, 80—99 Pfund 70½—76 ℳ, 100 und mehr Pfund 69 ℳ; Rinderhäute bis 29 Pfund 90½ ℳ, 30—49 Pfund 81½—85½ ℳ, 50—59 Pfund 86—90 ℳ, 60—79 Pfund 85½—91½ ℳ, 80 und mehr Pfund 81½ ℳ; Bullenhäute: bis 29 Pfund 85½ ℳ, 30—49 Pfund 73—74½ ℳ, 50—59 Pfund 69—72½ ℳ, 60—79 Pfund 66—71 ℳ, 80—99 Pfund 56—59 ℳ, 100 und mehr Pfund 45½ bis 46½ ℳ; Schuhhäute 55½ ℳ; Kalbfelle bis 9 Pfund 139½ bis 149 ℳ, 9,1—15 Pfund 119—127 ℳ, 15,1—20,1 und mehr Pfund 104½ ℳ; Schuhkalbfelle 88 ℳ; Fresserfelle bis 20 und 20 und mehr Pfund 85½ ℳ; Schuhfresser 47 ℳ. Tendenz: Sowohl Kalbfell- als Großviehhäuteauktion verliefen fest bei ziemlich flottem Absatz. Die Preise liegen einige Prozente über der letzten Auktion. Nächste Auktion: 15. Oktober.

Stuttgart, 9. Sept. (Schlachtviehmarkt.) Dem Dienstagmarkt am städt. Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 44 Ochsen (unverkauft 4), 41 Bullen, 350 Jungbullen (40), 394 Jungrinder (20), 266 (8) Kühe, 1335 Kälber, 2232 (200) Schweine, 4 Schafe, 1 Ziege. Erlös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen a 54—57 (letzter Markt —), b 48—52 (—), Bullen a 49—52 (unv.), b 46—48 (unv.), c 44—46 (—), Jungrinder a 57—59 (58—61), b 51—55 (50—56), c 48—50 (—), Kühe a 39—46 (—), b 30—38 (—), c 22—28 (—), d 18—22 (—), Kälber b 75—77 (76—78), c 69—73 (68—74), d 62—67 (—), Schweine a seite über 300 Pfd. 60—62 (63—65), b vollfleischige von 240—300 Pfd. 62—63 (64—66), c von 200—240 Pfd. 64—66 (66—68), d von 160—200 Pfd. 63—64 (65—67), e fleischige von 120—160 Pfd. 61—63 (62—64), Sauen 50—54 (unv.) Mk. Marktverlauf: Großvieh und Kälber mäßig belebt, Schweine langsam, fette vernachlässigt, Ueberstand.

Pforzheim, 8. Sept. (Schlachtviehmarkt.) Aufgetrieben waren 495 und zwar 5 Ochsen, 11 Kühe, 56 Rinder, 25 Farren, 21 Kälber, 377 Schweine. Marktverlauf: Mäßig belebt. Ueberstand: 6 Stück Großvieh, 11 Schweine. Preise für 1 Pfund Lebendgewicht: Ochsen a 55—58, b 51—54, Farren a 54, b und c 52—50, Kühe a 46, b und c 42—25, Rinder a 58—61, b 53—56, Kälber b 74—76, c 66—71, Schweine b, c und d 68—70.

Die Preise gelten für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über den Stallpreis erheben.

Pforzheim, 6. Sept. (Obst- und Gemüsemarkt.) Die Belieferung der Märkte mit inländischem Gemüse ist außerordentlich stark. Vorwiegend wird zur Zeit inländischer Blumenkohl angeliefert; außerdem Tomaten, Bohnen und Gurken, grüne Erbsen dagegen werden nur noch einzelne Körbe auf den Markt gebracht. Die Versorgung der Märkte mit Kartoffeln nimmt immer größeren Umfang an. Die Belieferung der Märkte mit Obst ist zur Zeit reichlich. Zwetschgen werden in großen Mengen zugeführt. Neben inländischen Trauben ist das Angebot an Auslandsware äußerst lebhaft. Die Zufuhr an Preiselbeeren ist ausreichend, dagegen war wiederholt Nachfrage nach größeren Posten Brombeeren. Die ersten Nüsse neuer Ernte waren am Samstag angeliefert. An Pilzen werden zur Zeit vorwiegend Pfifferlinge, Stoppel- und Steinpilze angeboten. Die Zufuhr an inländischen Pfirsichen wird von Markt zu Markt lebhafter; die Nachfrage nach Blutpfirsichen wird häufiger. An Butter und Eiern war Ueberangebot; außerdem wird Geflügel in größerer Stückzahl angeliefert. Die Zufuhr an Fluß- und Seefischen genügte vollauf der Nachfrage. Blumen werden zur Zeit in Massen auf den Markt gebracht. Das heftige Regenwetter am Samstag hat den Verlauf auf dem Wochenmarkt sehr ungünstig beeinflußt.

Karlsruhe, 8. Sept. (Viehmarkt.) Gesamtzufuhr 1702 Stück 26 Ochsen, 69 Bullen, 45 Kühe, 140 Färsen, 67 Kälber, 1345 Schweine. Preis für den Zentner Lebendgewicht: Ochsen 47—59, Bullen 47—54, Kühe 19—37, Färsen 48—62, Kälber 56—78, Schweine 68—70, Sauen 47—49. Beste Qualität über Notiz. Bei Großvieh und Schweinen langsam, Ueberstand, bei Kälbern geräumt.

Die Preise gelten für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über den Stallpreis erheben.

Neueste Nachrichten.

München, 9. Septbr. In der heutigen Sitzung des Stadtrates München kam es zu einem Tumult, den die Nationalsozialisten im Sitzungssaal und auf der Galerie verursachten. Der Oberbürgermeister entzog dem nationalsozialistischen Stadtrat Esser, als dieser sich an die Galeriebesucher wandte, die die Rufe Essers erwiderten, das Wort. Esser hielt sich aber nicht daran und wurde zweimal zur Ordnung gerufen, worauf der Oberbürgermeister die Sitzung für geschlossen erklärte.

München, 9. Sept. Der Reichspräsident wird nach Beendigung seines Urlaubs in Dietramszell Donnerstag mittag in München eintreffen und ohne Aufenthalt mit dem fahrplanmäßigen Schnellzug nach Berlin zurückkehren. Der Reichspräsident will in der nächsten Woche an den Herbstmanövern der Reichswehr in Nordbayern teilnehmen.

Sangerhausen, 9. Sept. Ein schwerer Unfall ereignete sich heute nachmittag auf der Landstraße nach Mansfeld. Bei einem vollbesetzten Autobus brach die Kardanwelle und durchschlug den Wagenboden. Durch das Loch stürzten vier Insassen unter den fahrenden Wagen und wurden dabei tödlich verletzt. Die Verunglückten sind zwei ältere Damen aus Helbra und Benndorf und ein Berliner Ehepaar, das in Helbra zu Besuch weilte.

Halle, 9. Sept. Der Melker Friedrich Lübecke, der dieser Tage unter dem Verdacht verhaftet wurde, den Friseur Kunzke in der Nähe von Lebusa ermordet und beraubt zu haben, hat jetzt eingestanden, Kunzke im Walde, wo sie übernachteten, mit einem Eisenknüppel erschlagen und ihm mehrere Messerstiche beigebracht zu haben. Weiter hat Lübecke den Raubmord an dem Arbeiter Hermann Nagel am 11. Mai 1926 in der Nähe von Hohenzethen eingestanden. Auch hier dienten Eisenknüppel und Messer als Mordwerkzeuge. Der Mörder kommt wahrscheinlich auch noch für einen dritten Raubmord, der im Mai 1926 in der Nähe von Uelzen begangen wurde, als Täter in Frage.

Gotha, 9. Sept. In der Nacht zum Freitag hat, wie erst jetzt bekannt wird, der Stadtoberfekretär Hugo Schmidt, der der nationalsozialistischen Fraktion des Gothaer Stadtrates angehörte, seinem Leben durch Vergiftung ein Ende gemacht. Gestern vormittag erschoß sich ein weiterer Beamter der Stadthauptkasse, der Stadtsekretär Münz. Beide Beamte sowie ein Angestellter, der sich zur Zeit krank gemeldet hat, haben von der Kasse insgesamt 4500 Mk. Vorschüsse zu Unrecht in Anspruch genommen. Bei einer Revision wurde ferner festgestellt, daß Gehälter falsch berechnet und ausgezahlt worden sind. Die Unregelmäßigkeiten sollen in erster Linie dem Stadtobersekretär Schmidt zur Last fallen. Sie gehen bis in das Jahr 1926 zurück. Die Aufdeckung der Unregelmäßigkeiten erfolgte bei einer geplanten Reorganisierung der Stadthauptkasse.

Berlin, 9. Septbr. Durch Verordnung des Reichsministers der Finanzen und des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 8. September 1930, die am 11. September 1930 in Kraft tritt, ist der Zoll für Gerste für Viehfütterung unter Zollsicherung bis auf weiteres 6 RM. für einen Doppelzentner ermäßigt worden. Die Ermäßigung hat zur Voraussetzung, daß nach Inkrafttreten dieser Verordnung eine der einzuführenden Menge Gerste entsprechende Menge gekennzeichneten Roggens und Kartoffelflocken von einer vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft bestimmten Stelle in einem von ihm festzusetzenden Verhältnis bezogen wird.

Berlin, 9. Sept. Anläßlich der Wirbelsturmkatastrophe, die die dominikanische Republik betroffen hat, hat der Reichspräsident dem Präsidenten Rafael Trujillo telegraphisch seine und des deutschen Volkes herzliche Anteilnahme übermittelt. Der Präsident der dominikanischen Republik hat dem Reichspräsidenten und dem deutschen Volke in einem in herzlichen Worten gehaltenen Telegramm den Dank der dominikanischen Regierung und des dominikanischen Volkes ausgesprochen.

Berlin, 9. Sept. Das Verfahren gegen Staatssekretär Weißmann, dessen Motorboot am 20. August in der Nähe von Schildhorn das Paddelboot des Kaufmanns Berthold Kohle zum Kentern brachte, ist eingestellt worden, da der Staatssekretär weder als Schiffsführer noch als Schiffsmann anzusprechen sei. Gegen den Bootsführer Schröder wurde wegen fahrlässiger Körperverletzung und Uebertretung der Wasserstraßenverordnung § 43 ein Strafbefehl in Höhe von 300 Mk. erlassen.

Berlin, 9. Septbr. Der amerikanische Alkoholschmuggler Jack Diamond hat gestern von hoher See aus seinen Berliner Anwalt Dr. Sandock beauftragt, sofort alle Schritte zu unternehmen, um die Ausweisung aus Deutschland rückgängig zu machen. Jack Diamond möchte, wie er mitteilt, mit dem nächsten Schiff von New-York nach Bremen zurückfahren, um sich in Deutschland einer Kur zu unterziehen. Ob die deutschen Behörden sich dazu verstehen werden, ihre aus Sicherheitsgründen erfolgten Vorbeugungsmaßnahmen rückgängig zu machen, ist mindestens sehr fraglich. Die Tatsache, daß Diamond mit einer ganzen Anzahl seiner Freunde nach Europa gekommen ist, deutet nicht gerade darauf hin, daß der König der Alkoholschmuggler hier lediglich seine angegriffene Gesundheit wiederherstellen wird.

Berlin, 10. Septbr. Der Bundesführer der Deutschen Freischar, Vizeadmiral a. D. von Trotha, teilt, wie die Berliner Presse meldet, mit: „Kürzlich ging ein Aufruf durch die Presse, der die Bildung der Reichsgruppe bündischer Jugend in der Staatspartei begründet und den auch einige Persönlichkeiten mit dem Zusatz „Deutsche Freischar" unterzeichnet haben. Als Bundesführer stelle ich dazu fest, daß es sich bei den Unterzeichneten keinesfalls um Bundesmitglieder in führender Stellung handelt. Ein Eintreten des Bundes Deutscher Freischar für die Deutsche Staatspartei kommt keinesfalls in Frage. Die Deutsche Freischar identifiziert sich mit keiner Partei."

Königsberg, 9. Sept. Das Luftschiff „Graf Zeppelin" passierte auf seiner Moskaufahrt um 19.35 Uhr Königsberg und flog in nordöstlicher Richtung weiter.

Wien, 9. Sept. Die österreichische Nationalbank hat den Diskontsatz von 5½ auf 5 Prozent ermäßigt.

Wien, 9. Septbr. Der „Neuen Freien Presse" zufolge hat die ehemalige Kaiserin Zita der ohne ihr Wissen und ohne ihre Erlaubnis in England geschlossenen Zivilehe des Erzherzogs Albrecht mit Irene von Rudnay ihre Zustimmung verweigert und das Vorgehen des Erzherzoges auf das strengste verurteilt.

Bukarest, 10. Sept. In der Gemeinde Bojan in der Bukowina verwendeten Bauern beim Fischfang Sprengstoffe, die infolge unrichtiger Handhabung vorzeitig explodierten; dabei wurden 4 Personen getötet.

Neapel, 9. Sept. Eine sechsköpfige Bauernfamilie wurde in einer Hütte, wo sie auf Heu schlief, von einem Brande überrascht und kam in den Flammen ums Leben.

Tromsö, 9. Sept. Die norwegische Regierung hat auf Anregung der schwedischen Regierung angeordnet, sämtliche Teilnehmer an der Fahrt der Bratvaag über die Einzelheiten bei der Auffindung der Reste der Andrée-Expedition protokollarisch zu vernehmen. Dieses Protokoll soll als Grundlage für die wissenschaftliche Bearbeitung der Funde dienen. Auf Ersuchen der Andrée-Kommission finden die Verhandlungen, die morgen beginnen, unter dem Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

Newyork, 9. Sept. Newyork Times meldet aus Buenos-Aires, bei den gestrigen Straßenkämpfen seien mindestens 20 Personen getötet und 200 verletzt worden. In verschiedenen Teilen der Stadt seien Gebäude in Brand gesetzt worden.

Newyork, 9. Sept. Wie Newyork Times aus Buenos Aires erfährt, ist heute morgen der Befehl ergangen, Irigoyen, der in den 25 Meilen entfernten La Plata-Baracken krank darniederliegt, wieder zu verhaften und ihn unverzüglich hier in das Polizeipräsidium zu bringen. Nach einer Meldung der Associated Preß aus Buenos Aires hat das Ministerium des Innern heute empfohlen, daß alle Senatoren und Abgeordnete, die Irigoyens Minister waren, verhaftet werden. Außerdem hat das Ministerium des Innern heute vormittag bekanntgegeben, daß im Hinblik auf die Störungen der Ordnung durch bewaffnete Bürger und die Notwendigkeit, die Ordnung wiederherzustellen, sowie Leben und Eigentum zu sichern, jede Person, die öffentlich Waffen trägt, vor ein Kriegsgericht gestellt werden wird.

Höpker-Aschoff über Reichsreform.

Essen, 9. Sept. In einer Wahlkundgebung der Staatspartei sprach heute abend der preußische Finanzminister, Dr. Höpker-Aschoff. Er erinnerte dabei an seine Besprechung mit dem Führer der Volkspartei Dr. Scholz, dessen Sammlungsplan nicht habe verwirklicht werden können, weil die Gegensätze zwischen Konservativen und Staatsparteilern in wichtigen Fragen zu groß seien (Reichsschulgesetzgebung, auswärtige Politik, Handelspolitik usw.). Mit Nachdruck trat der Minister für die baldige Durchführung einer Wahlreform und insbesondere einer Reichsreform ein. Die noch selbständigen norddeutschen Gebiete müßten an Preußen kommen, dieses müsse dann in Länder aufgeteilt werden, die eine ähnliche Stellung zum Reiche einzunehmen hätten, wie die heutigen Provinzen zu Preußen. Die süddeutschen Länder müßten stärker an die Reichsgewalt herangebracht werden durch Schaffung einer einheitlichen Reichsjustiz, eines einheitlichen Reichsschulwesens, eines einheitlichen Polizeiwesens usw. Die Staatspartei werde mit aller Energie für diese Reform kämpfen, auch mit dem letzten Mittel, dem Volksentscheid. In einer Stellungnahme zu der Notverordnung des Reichskanzlers erklärte der Redner, daß diese notwendig gewesen sei. Insbesondere verteidigte er die neuen Gemeindesteuern und die Bestimmungen über die Kartelle. Nur Preisherabsetzung und Preisverbilligung der Produktionskosten könnten die Wirtschaft wieder beleben und dafür sei die Kartellverordnung ein wichtiges Mittel.

Gegen Behauptungen Franz Künstlers.

Berlin, 9. Sept. Nach den Berichten verschiedener Blätter hat Herr Franz Künstler in einer Wahlversammlung der Sozialdemokratischen Partei behauptet, Offiziere der Reichswehr seien mit dem russischen Militärattaché und deutschen Kommunisten zusammengekommen und hätten mit diesen die Grundlagen für den Aufruf der K.P.D. vereinbart. Diese Angaben sind so phantastisch und ungeheuerlich, daß Herr Künstler vom Reichswehrministerium öffentlich aufgefordert wird, auf die Fragen zu antworten: Wann und wo ist diese Zusammenkunft gewesen? Welche Offiziere haben daran teilgenommen? Welche Beweise kann Herr Künstler hierfür vorlegen? Sollte Herr Künstler den Beweis für seine Angaben schuldig bleiben, so würde er sich selbst als Verleumder kennzeichnen, gegen den sich das Reichswehrministerium gerichtliche Schritte vorbehält. Ferner hat Herr Künstler die Namen einiger früherer Offiziere genannt, die angeblich in Rußland tätig sein sollen. Aus den Feststellungen, die das Reichswehrministerium darüber gemacht hat, ergibt sich, daß Generalmajor a. D. Thomsen von der Liste der Reichswehr niemals angehört hat, General der Artillerie a. D. Ludwig 1929 und Major a. D. Ritter von Riedermayer am 31. Januar 1922 aus der Reichswehr ausgeschieden sind und ferner der in diesem Zusammenhang in einer Zeitung genannte Major a. D. Justrow im Jahre 1929 den Abschied erhalten hat.

Erkelenz als Wahlköder.

Von der Bezirksleitung der Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) wird uns geschrieben: Anläßlich des Uebertritts Erkelenz zur Sozialdemokratie wird an die Gewerkschaftsmitglieder ein Flugblatt verbreitet, in welchem auf seine in der S.P.D.-Presse veröffentlichten Aufsätze hingewiesen wird. Es war vorauszusetzen, daß die Sozialdemokratie, ebenso aber auch der Deutsche Metallarbeiterverband den Parteiwechsel Erkelenz in ihrem Interesse auszuschlachten versucht, um damit Unruhe und Irreführung in die Mitglieder der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine hineinzutragen. Hierzu ist zu sagen, daß es die Hauptleitung allen Mitgliedern zur Pflicht macht, sich an den Reichstagswahlen zu beteiligen. Die Gewerkvereine aber sind neutral im Streite um die Politik. Für die Gewerkvereinsmitglieder kommen nur solche Parteien in Frage, die auf republikanischem Boden und damit auf dem Boden der Reichsverfassung stehen. Parteien, die bestrebt sind, einer wahren Demokratie im Staate und in der Wirtschaft Geltung zu verschaffen. Erkelenz selbst nimmt aber im Gewerkvereinsorgan „Der Regulator" zu all diesen Fragen Stellung und schreibt: „Der Gewerkverein wäre das nicht, was er sein will, wenn es anders wäre. Jeder Gewerkvereinsangestellte hat das Recht, politisch da zu sein, wo er nach seiner Ueberzeugung hingehört. Die Stellung des Gewerkvereins, seine Haltung zu allen öffentlichen Fragen ist unabhängig von der Haltung seiner Vertreter und Angestellten." Deshalb ändert auch der Beitritt Erkelenz zur Sozialdemokratie an der Haltung des Gewerkvereins nichts. Bei dem parteipolitischen Durcheinander in anderen Gewerkschaften ist es mehr denn je notwendig, daß die Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) als Arbeiterorganisation ihre parteipolitisch neutrale Grundauffassung ganz besonders betonen.

Notverordnung und Krankenscheingebühr.

Berlin, 9. Sept. Amtlich wird mitgeteilt: In der Presse ist in letzter Zeit wiederholt über Fälle berichtet worden, in denen Versicherte dadurch schweren Schaden an Leben und Gesundheit erlitten haben sollen, daß auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten zur Krankenversicherung notwendigen Krankenscheines die Zahlung der Gebühr von 50 Pfennigen verlangt worden sei. In einem Falle, der sich bei einer Berliner Betriebskrankenkasse zugetragen hat, soll die Verzögerung der Behandlung, die hierdurch herbeigeführt wurde, den Tod eines jungen Mädchens verursacht haben. In einem anderen Fall in Kamenz sollen Kinder, die schwer an Diphtherie darniederlagen, nur dadurch gerettet worden sein, daß ein Arzt die Behandlung ohne Krankenschein übernahm. Diese Nachrichten sind geeignet, Verwirrung in den Kreisen der Versicherten anzurichten. Es ist nicht richtig, daß nach der Notverordnung die Ausstellung eines Krankenscheines ausnahmslos bis zur Zahlung der Gebühr verweigert werden muß. Das Reichsarbeitsministerium hat bereits in einem Rundschreiben vom 2. August die Aufsichtsbehörden der Krankenkassen darauf hingewiesen, daß die neue Gebühr keine Voraussetzung für die Gewährung der Krankenhilfe bildet, sondern nur ein Sonderbeitrag des Versicherten ist, der vor allem in dringenden Fällen auch nachträglich entrichtet werden kann.

Der Reichtum der Gewerkschaften.

Obwohl der allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund Ende 1929 nur 4 948 267 Mitglieder zählte, das sind nur rund ⅓ der „Arbeiter von der Werkbank", verfügte er doch dank der mit den Löhnen prozentual gestiegenen Arbeiterbeiträge, die sich zwischen Mk. 19.70 und Mk. 117.90 je Arbeiter im Jahr bewegen, über eine Jahreseinnahme von über ¾ Milliarde Mark. Für Verwaltungskosten und Propaganda wurden über 80 Millionen ausgegeben, für Arbeitslosenunterstützung nur 45 Millionen.

Der Saar-Bahnschutz im Völkerbundsrat.

Genf, 9. Sept. Die Zurückziehung der 250 Mann Bahnschutztruppen aus dem Saargebiet, für deren Aufrechterhaltung sich nach der Räumung des Rheinlandes kein vernünftiger und auch kein rechtlicher Grund mehr finden läßt, gelangte zum Schluß der heutigen politischen Sitzung des Völkerbundsrats zur Debatte. Briand machte den Vorschlag, daß zwischen den Vertretern Deutschlands und Frankreichs direkte Verhandlungen stattfinden sollen, um dem Berichterstatter, Außenminister Grandi, einen Vorschlag in die Hand zu geben, der von dem Rat ohne weiteres angenommen worden ist. Reichsaußenminister Curtius erklärte sich mit diesem Vorschlag Briands einverstanden, betonte aber, daß ihm sehr daran gelegen sei, diese Sache so bald wie möglich aus der Welt zu schaffen. Nach der Räumung des Rheinlandes bestünde kein Vertragsgrund mehr zur Aufrechterhaltung fremder Truppen auf saarländischem Gebiet. Falls es notwendig sein sollte, die Gendarmerie zu verstärken, so wäre dies mit Hilfe von Saarländern möglich. Die deutsche Regierung habe stets gegen den Bahnschutz Einspruch erhoben. Die Rheinlandräumung bedeute ein neues Faktum, und deshalb werde sich der Rat wohl nicht der Ueberzeugung verschließen, daß die Schutztruppen aus dem Saargebiet zurückgezogen werden sollen. Auf die Darlegungen von Dr. Curtius erwiderte Briand, daß die Regierungskommission im Saargebiet die Verantwortlichkeit für die Sicherheit des durchgehenden Eisenbahnverkehrs habe. Es müsse eine solche Sicherheit geschaffen werden, und dies soll auch das Ziel der von ihm, Briand, vorgeschlagenen deutsch-französischen Verhandlungen sein, die unverzüglich durchgeführt werden müssen, um dem Rat die Entschließung in dieser Sache in wenigen Tagen zu ermöglichen. Briand betonte, daß es nicht der Wunsch Frankreichs sei, auf saarländischem Boden französische Mannschaften zu lassen. Dr. Curtius entgegnete Briand, daß er den deutsch-französischen Meinungsaustausch über die Regelung der Bahnschutzfrage für wünschenswert halte, aber sich mit den Argumenten Briands nicht einverstanden erklären könne. Der Vertreter Deutschlands beurteilte die Rechtslage in dieser Frage als klar und einwandfrei. Gegen die Zurückziehung der restlichen Bahnschutzmannschaften gebe es kein stichhaltiges Argument. Er hoffe, in seinen Verhandlungen mit Briand den herrschenden Meinungsgegensatz ausräumen zu können. **Grandi erklärte sich in seiner Eigenschaft als Berichterstatter mit dem gewählten Verfahren einverstanden. Es bleibt nun die Einigung zwischen den Vertretern Frankreichs und Deutschlands abzuwarten. Dr. Curtius vertrat in der Saarfrage den deutschen Standpunkt mit großer Energie, Ruhe und Sachlichkeit.** Die Sitzung wurde um 1 Uhr geschlossen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Geteilte Meinungen in Genf.

Genf, 8. Sept. Die Aufnahme des Beschlusses der europäischen Konferenz ist eine grundverschiedene in den Delegationen der europäischen Staaten. Daß England mit der Ueberweisung sehr zufrieden ist, läßt sich begreifen, denn Henderson erklärte gestern abend Pressevertretern: „Der Geist der Völkerbundsgeist hat einen Sieg errungen. Ein Dualismus, zu dem die unabhängige Haltung der europäischen Staaten geführt hätte, konnte vermieden werden.“ Die Genugtuung der Engländer kam in den Presseerklärungen zu restlosem Ausdruck und man nimmt an, daß der gestrige Erfolg Hendersons eine Stärkung der Arbeiterregierung zeitigen wird. Bei den Italienern, die sich gestern schweigsam verhielten, ist man geneigt, das gestrige Sitzungsergebnis als eine „leere Formel“, als eine hohle Nuß zu bezeichnen. Scialoja meinte, man müsse nun abwarten, ob aus der Vollversammlung nicht eine praktische Formel für eine europäische Föderation herausgeholt werden könne. „Paneuropa wird jetzt aus dem Geiste der Vollversammlung geboren werden.“ Belgien und Polen stehen auf Seiten Frankreichs und ließen gestern aus dem Munde ihrer Delegierten bedauernde Worte über das „inhaltslose Debattieren und über den orakelhaften Beschluß“ der europäischen Staatenvertreter in der Presse lancieren. Bei den Oststaaten herrscht im allgemeinen Befriedigung. Die revisionistische Staatsgruppe Oesterreichs, Ungarns, Bulgariens hat sich gestern mit den Erklärungen des Reichsaußenministers Dr. Curtius einverstanden erklärt und in diesem Sinne zur Presse gesprochen. Auch die Schweiz beurteilt das Ergebnis günstig. Nur das französisch gerichtete „Journal de Geneve“ spricht lebhaftes Bedauern darüber aus, daß Briand vor Henderson auf der ganzen Linie zurückweichen mußte.

Grandi reist ab.

Genf, 9. Sept. Der italienische Außenminister Grandi wird morgen früh Genf verlassen. Er erklärte den Journalisten, daß nach der ersten Europakonferenz seine Anwesenheit in Genf vorläufig nicht nötig sei. Er habe erkannt, daß der ständige Vertreter Italiens in Genf, Senator Scialoja, durchaus in der Lage sein werde, vor der Vollversammlung den Standpunkt Italiens in der paneuropäischen Frage zu vertreten. Die Ankündigung Grandis, Genf zu verlassen, hat allgemeines Befremden erregt, und man schließt daraus, daß Italien keine besondere Bedeutung den weiteren Verhandlungen über die Paneuropafrage beimißt. Wann der italienische Außenminister nach Genf wieder zurückkehren wird, ist vorläufig nicht bekannt.

Dänischer Boykott des deutschen Handels.

Kopenhagen, 9. Sept. Die vereinigten Elektrizitätswerke in Südwest-Jütland haben ein Angebot auf Lieferung eines Generators, das von einer deutschen Firma eingereicht war, mit der Begründung abgelehnt, daß Dänemark gegen die deutsche Handelspolitik, weil sie auf eine Schädigung des dänischen Wirtschaftslebens hinauslaufe, sich wehren müsse. Dieser Fall scheint das Vorspiel zu einem Boykott zu sein, der dänischerseits gegen deutsche Waren verhängt werden soll. Gleichzeitig trifft die Nachricht ein, daß der südjütische Meereiverein in Kolding eine Entschließung gefaßt habe, in der er die gemeinsame Organisation der Meereien und den Landwirtschaftsrat dazu auffordert, einen allgemeinen Boykott gegen deutsche Waren zu organisieren.

Das Meer in Flammen.

Athen, 9. Sept. Ueber den Hergang des Riesenbrandes, über den wir hier schon kurz berichteten, liegen folgende Einzelheiten vor: Infolge eines Schadens an der Benzinpumpe des englischen Frachtdampfers „Donax“ verbreitete sich auslaufendes Benzin unbemerkt auf der Wasseroberfläche. Am Ufer saß ahnungslos ein Arbeiter, der über einem offenen Feuer sein Essen kochte. Er warf die Feuerreste dann ins Hafenwasser, das im Nu in hellen Flammen stand. Gegen 20 Segelschiffe und einige Dampfer befanden sich urplötzlich mitten im aufflammenden Meer. Der Ausbruch einer großen Panik war die unmittelbare Folge. Die Besatzungen der Schiffe flüchteten und überließen die Fahrzeuge ihrem Schicksal. Ueber dem Wasser stand eine wahre Hölle. Der Frachtdampfer „Donax“ und acht Segelschiffe bildeten schwimmende Feuerfackeln. Sämtliche brennenden Schiffe waren mit Benzin beladen, das mit Donnergetöse explodierte. Allenthalben war das Hilfegeschrei gefährdeter Menschen vernehmbar. In den nahe gelegenen Lagern von Standard Oil, Shell und anderen, die in äußerster Gefahr waren, vom Feuer ergriffen zu werden, entstand gewaltige Aufregung. Der englische Frachtdampfer „Donax“ führte allein 1500 Tonnen Benzin. Acht Segelschiffe und ein Dampfer sind gänzlich verbrannt. Nach vorläufigen Nachrichten beläuft sich die Zahl der Opfer bisher auf 10 Tote und viele Verwundete. Der Sachschaden wird auf über 10 Millionen Mark geschätzt. Das immer noch brennende Meer bietet ein großartig schauriges Schauspiel mit den krachenden und berstenden Seglern und Schiffen, deren Feuerschein weit in die offene See hinausleuchtet.

Ein unterirdisches Manöver.

Washington, 9. Sept. Als vollkommen aus der Luft gegriffen wird von hiesiger zuständiger Stelle die Meldung bezeichnet, daß in London angeblich ein deutscher Schritt zu dem Zweck erfolgt sei, die Kriegsschulden der Alliierten an Amerika unter Hinweis auf die Möglichkeit herabzusetzen, die deutschen Reparationszahlungen könnten ausbleiben und daß diese Anregung von einer prominenten britischen Persönlichkeit an die amerikanische Regierung weitergeleitet worden sei. Man hält hier an dem Standpunkt fest, daß die Kriegsschulden von den Reparationen zu trennen seien und betrachtet das Reparationsproblem ausschließlich als ein Problem der Alliierten. In diesem Zusammenhang weist man auch auf die kürzlich gemeldete Erklärung des Präsidenten Hoover hin, dem an der Beibehaltung der diesjährigen Steuerermäßigung auch für das nächste Jahr dringend gelegen sei, daß nämlich die Einkünfte aus den Kriegsschulden der Alliierten zum Ausgleich des Haushalts benutzt werden würden, wenn die Ausgaben für die Unterstützung der infolge der Dürre notleidenden Farmerschaft zu einem Budgetdefizit führen sollten. Aus diesen Gründen bezeichnet man die Meldung als sinnlos und die führenden amerikanischen Blätter beschränken sich auch lediglich auf den Abdruck des amtlichen Dementis.

Washington, 9. Sept. Die Meldung, Deutschland habe bei der amerikanischen Regierung einen Schritt unternommen, damit die alliierten Kriegsschulden ermäßigt und infolgedessen automatisch auch die deutschen Reparationsleistungen herabgesetzt werden, wird jetzt auch vom Schatzamt als unzutreffend bezeichnet. Der stellvertretende Schatzsekretär Ogden Mills erklärte, es sei keine derartige Anregung an ihn gelangt. Nach einer Washingtoner Zuschrift an das „Journal of Commerce“ wird die Meldung von einem angeblichen Schritt Deutschlands hier als ein von interessierter dritter Seite lancierter Versuchsballon betrachtet, der in Washington einen sehr ungünstigen Eindruck gemacht habe. Deutschland kenne Amerikas Stellungnahme zur Frage der Kriegsschulden und sei daher an dieser törichten Nachricht sicherlich nicht beteiligt. Angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Depression in den Vereinigten Staaten sei Hoover weniger denn je geneigt, die amerikanischen Steuerzahler zugunsten des Auslandes mehr als notwendig zu belasten.

☞ Der heutigen Auflage liegt ein Wahlflugblatt der **Volksrechtpartei und Christlich-Soziale Reichspartei, Liste 11,** bei, worauf wir hiermit hinweisen.

Tischtuch-Krepp

(bei größerer Abnahme Vorzugspreise)
empfiehlt
C. Meeh'sche Buchhandlung, Neuenbürg.

Gemeinde Birkenfeld.

Auf die am Rathaus und Waghäuslein angeschlagene

Bekanntmachung betr. Reichstagswahl

wird hingewiesen.

Den 10. September 1930.

Schultheißenamt: Neuhaus.

Städt. Frauenarbeitsschule Wildbad.

Kursbeginn: Für den Tagesunterricht: **Dienstag den 16. Sept. 1930**, 8 Uhr.
Für den Abendunterricht: **Donnerstag den 18. September 1930**, 19 Uhr.
Für den Nachmittagsunterricht: **Mittwoch den 24. September 1930**, 14 Uhr.
Anmeldungen für sämtliche Kurse werden jederzeit entgegengenommen.

Die Schulleitung.

Marktausschreiben.

Am **Mittwoch den 1. Oktober 1930,** von vormittags 8 Uhr an, findet auf dem Turnhalleplatz in **Herrenberg** der

Herbst-Zuchtviehmarkt

des **Fleckviehzuchtverbandes für den Gäuchgau** statt.

Zum Erwerb und Verkauf brauchbaren Zuchtmaterials ist günstige Gelegenheit geboten. Kataloge können von der Tierzuchtinspektion Herrenberg gegen eine Gebühr von 50 Pfennig ab 25. Sept. bezogen werden.

Zugelassen zum Markt sind eingetragene Farren und Rinder von Mitgliedern der Zuchtverbände für den Gäuchgau und für das W. Unterland, sofern sie bis **spätestens Samstag den 20. September** bei der Tierzuchtinspektion Herrenberg angemeldet sind. Für die angemeldeten Tiere ist spätestens beim Auftrieb 1.— RM. zu bezahlen. Die Anmeldung hat Geschlecht, Geburtstag, Ohrnummer, Name und Nummer des Vaters und der Mutter, sowie den Namen des Züchters und Besitzers des Tieres zu enthalten. Dem Markt geht eine Prämiierung der aufgetriebenen Tiere voraus.

Der Vorsitzende: Fr. Adlung.

Neuenbürg.

Dentist Otto Gaum,

staatlich geprüft

zurück.

Haus-Verkauf.

Wegen anderweitiger Positionen verkaufe ich sofort mein im Jahre 1924 neu erbautes, in schönster Lage des Ortes gelegenes zweimal **Dreizimmer-Wohnhaus** mit Autogarage und 10 a 88 qm Garten mit zehn zum Teil großen Obstbäumen. — Für Arzt, Zahnarzt oder Pensionäre wäre beste Gelegenheit geboten, ein schönes, sonniges und ruhiges Heim zu erwerben. Interessenten können jederzeit Anfragen richten an

Otto Bodamer, Fasser, **Obernhausen.**

Neue Höhere Handelsschule Calw
im württembergischen Schwarzwald / Gegründet 1908
Bekannte Privatschule mit Schüler- und Töchterheim
Handelskurse für alle Altersstufen / Übungskontor
Realschule bis Obersekunda-Reife / Aufnahme v. 10 Jahren
Ausländerkurse / Semesterbeginn 6. Oktober 1930
Prospekte durch Direktor Zügel

Birkenfeld.

Jahrgang 1909.

Zu unserer am **Samstag den 13. Sept.,** abends 8 Uhr, im Gasthaus zum „**Adler**“ stattfindenden laden wir nochmals Altersgenossinen und -Genossen höflichst ein.

Feier

Um pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Einige Altersgenossen.

500 ccm Imperia-Sport,

fabrikneu, noch nicht gefahren, mit allem Zubehör, **verkauft** für RM. 1350.— Angebote unter „Imperia 100“ an die „Enztäler“-Geschäftsstelle erbeten.

Zurück
Dr. Gigglberger, Augenarzt,
Pforzheim, Leopoldstr. 1.

Salizyl-Pergament-Papier

empfiehlt
C. Meeh'sche Buchhandlung Neuenbürg.

Schömberg.
Herrschaftliche
4 Zimmer-Wohnung
zu vermieten.
Zuschriften unter J. K. an die Enztäler-Geschäftsstelle erbeten.

Herrenalb.
Ein grüner **Lodenmantel** ist im **Hotel Post** in Herrenalb
verwechselt
worden. Um Rückgabe desselben wird gebeten.
H. M. Schumacher.

Pforzheim.
Schallplatten,
alte können für neue umgetauscht werden, sowie **Sprechapparate** für die neuesten **Radio** bei
Musik-Hohnloser,
Enzstr. 9.

Rot- und Weißwein
offen und in Flaschen
E. Lindemann
Neuenbürg, Tel. 191.

13b Nationale Volksgemeinschaft. 13b

Kaum je einmal war der Ausfall einer Reichstagswahl so außergewöhnlich ernst und wichtig wie diesmal. Noch nie aber stand ein großer Teil der Wählerinnen und Wähler so unentschlossen vor der Frage, welcher von den vielen Parteien, die trotz aller Notwendigkeit der Sammlung wieder sehr zersplittert sind, er seine Stimme geben soll.

Es gibt aber nur **einen** Weg nach 10jähriger Mißwirtschaft der marxistischen sozialdemokratischen Regierung, die uns an den Rand des Absturzes geführt hat, nämlich, daß man beim diesmaligen Wahlgang seine Stimme nur einem **rechtsstehenden** Kandidaten geben könne und dürfe.

Aber welcher der rechtsstehenden Parteien soll man sich anschließen? Wenn man Hugenberg's Programm liest, möchte man sagen, daß gar nichts dagegen einzuwenden sei. Aber leider steht dieser Mann mit seiner Partei auf einem Standpunkt, den viele echtnationale Männer nicht gutheißen können, weil man bei der heutigen Parteikonstellation Opportunist sein soll, d. h. daß man das Mögliche zu erreichen suchen muß, um die Verhältnisse **nach und nach** umzugestalten.

Das haben vor der Reichstagsauflösung viele ganz hervorragende und tüchtige Männer begriffen und sich von ihrem Führer Hugenberg losgesagt. Daß dieser in Gemeinschaft mit Kommunisten und Marxisten die Hand zur Auflösung des Reichstags geboten hat, gerade in einer Zeit, in der sich die sichere Aussicht bot, eine bürgerliche Regierung zu bekommen, kann man geradezu als Unglück für unser Vaterland bezeichnen und deshalb sind viele Nationale und speziell auch süddeutsche Wähler von der deutschnationalen Partei abgerückt.

Nun spricht man von einer Sammlung der Mitte. Die Staatspartei, in welche die deutschdemokratische Partei schleunigst umgetauft wurde, und die bisher gleichbedeutend mit der sozialistischen Partei war, konnte es natürlich nicht über sich bringen, sich dem Programm der mehr rechtsstehenden Parteien anzuschließen und mit diesen eine Wahlverbindung einzugehen. Nur in Württemberg und Baden kam es zu einer Verständigung mit der Deutschen Volkspartei. Es ist aber mehr als wahrscheinlich, daß die letztere dabei eine große Enttäuschung erlebt.

Als Partei der Mitte kann die Staatspartei oder Deutschdemokratische Partei nach den bisherigen Erfahrungen unmöglich angesprochen werden und wer ihr die Stimme gibt, wählt ebensogut **marxistisch.**

So bleibt für die Wählerinnen und Wähler, denen daran gelegen ist, daß wir wieder in bessere Verhältnisse kommen, daß der Wegsteuerung unserer Vermögenssubstanz Einhalt geboten wird, daß die Erwerbslosigkeit aufhört und größte Sparsamkeit auf allen Gebieten zur Durchführung kommt, nur ein Weg, ihre Stimmen einem **rechtsstehenden** Kandidaten zu geben. Wir haben oben ausgeführt, warum wir uns der Partei Hugenberg vorerst nicht anschließen können. Die Partei Westarp mit dem für Württemberg aufgestellten Kandidaten Bazille erachten wir für die einzig richtige und bitten alle, die sich uns anzuschließen vermögen, und wir glauben, daß es nach reiflicher Ueberlegung sehr viele sein werden, am Wahltag ihre Stimme

für Liste 13b

abzugeben. Da wir größtes Interesse an einem gesunden Bauernstand haben, hat der Bauer Geld, hat alles Geld, stehen wir in Listenverbindung mit dem Bauernbund.

Verzicht auf Ausübung des Wahlrechts ist gewiß das untauglichste Mittel, um der Entrüstung über die Unfruchtbarkeit unseres Parlamentarismusses Ausdruck zu geben.

Es handelt sich diesmal effektiv um die Existenz vieler Millionen. Auch unsere Jugend muß sich genau überlegen, was sie wählt. Die nationalsozialistische Arbeiterpartei ist noch ein unbeschriebenes Blatt und bewegt sich in Extremen, deren Verwirklichung unmöglich sein dürfte.

Bleibe niemand der Wahlurne fern!

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw